

Motion betreffend die Offenlegung von Interessenbindungen der Stadtratsmitglieder

Konrad Hädener (CVP)

Antrag

Im Rahmen der anstehenden Teilrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats sind neue Bestimmungen zur Offenlegung allfälliger Interessenbindungen von Stadtratsmitgliedern in das Reglement einfliessen zu lassen. In Anlehnung an die Offenlegungspflichten von Bundesparlamentariern sollen Ratsmitglieder, die durch einen Beratungsgegenstand in ihren persönlichen Interessen unmittelbar betroffen sind, auf diese Interessenbindung hinweisen müssen, wenn sie sich im Rat oder in einer Kommission äussern. Bei Gefährdung ihrer Unabhängigkeit sollen sie weiterhin freiwillig den Ausstand nehmen können.

Begründung

Dass der Stadtrat ohne Weisungen berät und abstimmt, wird vorausgesetzt, ohne dass die Stadtverfassung oder das Geschäftsreglement entsprechende explizite Bestimmungen aufweisen. Interessenbindung oder gar –kollisionen sind aber angesichts der Vielfalt der Geschäfte, über die der Stadtrat zu befinden hat, bei seinen Mitgliedern nicht auszuschliessen.

Das Fehlen einer klaren Verhaltensnorm für Mitglieder, die von einem Ratsgeschäft in ihren persönlichen Interessen tangiert sind, lässt Raum für Mutmassungen und Misstrauen gegenüber den getroffenen Ratsentscheiden.

In Einklang mit kantonalen Auflagen (Gemeindegesezt Art. 47 Abs. 3) nimmt die Stadtverfassung in Art. 14 Abs. 4 die Verhandlungen des Stadtrats von der Ausstandspflicht aus. So wünschenswert eine verbindlichere Regelung der Ausstandspflicht im Rahmen von allfälligen Interessenbindungen auch erscheint, scheidet sie doch an übergeordnetem Recht und kann den Ratsmitgliedern nur auf freiwilliger Basis nahegelegt werden.

Die anstehende Teilrevision des stadträtlichen Geschäftsreglements bietet eine willkommene Gelegenheit, die erkannte Unsicherheit bezüglich Interessenbindungen auszuräumen und ein Mass an Transparenz zu schaffen, wie es andere Parlamente auf Stufe Bund, Kanton und Gemeinde schon länger kennen.

Dringlichkeit

Dringlichkeit wird verlangt.

Eingereicht am 30. Oktober 2008